

Vereinsgründung am Donnerstag

■ **Bad Oeynhausen.** Die Anwohner-Initiative gegen den Kiesabbau am Deesberg will einen Verein gründen. Die „Bürgerliche Interessengemeinschaft Babbenhausen“ will sich nicht nur mit dem Kiesabbau befassen, es soll auch um Lärmschutz, die Südbahn, die Verkehrsbelastung und Natur- und Umweltschutz gehen. Die Gründungsversammlung ist am Donnerstag (und nicht wie gestern irrtümlich angekündigt am Freitag), 14. Januar, um 19 Uhr in der Gaststätte Alter Förster, Forststraße 21.

„Bundesratsentscheidung nicht vorgreifen“

Kiesabbau: Fünfer-Bündnis prüft Eingabe an die Bezirksregierung

VON JÖRG STUKE

■ **Bad Oeynhausen.** Die Bundesrats-Initiative zur Neuregelung des Lärmschutzes sollte möglichst doch Einfluss auf das Planfeststellungsverfahren zum Kiesabbau am Deesberg haben. „Wir haben die konkrete Erwartung, dass die Bezirksregierung nun keine vorschnellen Entscheidungen im Planfeststellungsverfahren trifft“, sagte Olaf Winkelmann (SPD) der NW.

„Das Planverfahren ist nicht zu stoppen“

Wie am Dienstag berichtet, hatte die Petition der Anlieger-Initiative gegen den Kiesabbau dazu beigetragen, dass die Landesregierung über eine Gesetzesinitiative im Bundesrat eine Neuregelung des Lärmschutzrechtes anstrebt. Ziel dieser Änderung ist, dass künftig bei Planverfahren nicht nur die einzelne Lärmquelle, sondern der Gesamtlärm im Plangebiet betrachtet wird.

Auf das laufende Planverfahren zum Deesberger Kiesabbau aber werde das noch keinen Einfluss haben, hatte Wolf-Christian Denkhaus von der Bezirksregierung der NW gesagt.

Damit will sich Winkelmann so nicht abfinden. „Wir werden nächste Woche im Fünfer-Bündnis den neuen Sachverhalt besprechen und falls erforderlich eine erneute

Beschlussfassung für den Rat vorbereiten, um die Bezirksregierung aufzufordern, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens einer möglichen Entscheidung des Bundesrats beziehungsweise auch einer weiteren Petitionsentscheidung vom Land NRW nicht vorzugreifen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Das sieht der CDU-Fraktionsvorsitzende Kurt Nagel dagegen kritisch. „Das Planverfahren ist nicht zu stoppen. Das sehe ich nicht“, sagt Nagel. Er halte eine entsprechende Eingabe an die Bezirksregierung in Detmold deshalb auch nicht für sinnvoll. „Das Projekt Kiesabgrabung lehnen wir aber weiterhin ab“, betont Nagel.

Für die Kiesabbaugegner ist der Vorstoß der Landesregierung zum Lärmschutz dagegen eine „Steilvorlage“ für ihre Sache. Werner Friedhoff und Bernhard Kuhn hoffen, dass es keinen Beschluss gibt, solange das Gesetzgebungsverfahren läuft. Denkhaus allerdings hatte eine Entscheidung bis Mitte dieses Jahres in Aussicht gestellt. „Selbst dann würde die Haltung der Landesregierung unsere Position bei einer Klage stärken“, hofft Kuhn.

Er kündigt an: „Wir werden noch in dieser Woche unseren Standpunkt in einer Folgepetition zum Ausdruck bringen und den Petitionsausschuss aufrufen klarzustellen, dass mit Gesamtlärbetrachtung alle Lärmquellen, also sowohl Verkehrs-, als auch gewerblicher und industrieller Lärm gemeint ist.“